

#SENIOREN #SOZIALPOLITIK #RENTE 29. Juli 2024

Belastungen sind für alle da - Entlastungen nicht? - EVG fordert Inflationsausgleich für Rentner:innen

Butter, Milch, Obst und Gemüse: alles ist teurer geworden. Sehr viel teurer. Diese Kostensteigerungen belasten alle Menschen. Doch manchen Personengruppen leider besonders darunter.



Dazu zählen auch die Rentner:innen, welche häufig jeden Cent umdrehen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Aus diesem Grund fordert die EVG einen Inflationsausgleich für Rentner:innen durch beispielsweise einer Auszahlung einer 13. Rentenzahlung. Umgerechnet bedeutet dies eine Rentenerhöhung von 8,25 Prozent.

Die Vorsitzende der EVG-Bundesseniorenleitung Anne Pawlitz hierzu: „In Zeiten der steigenden Kosten muss die Politik Verantwortung übernehmen, um den Lebensunterhalt der Rentner:innen zu sichern. Die Rentner:innen

dürfen nicht die Leittragenden sein. Der Beschluss des Bundesvorstandes ist hierbei ein wichtiger Beitrag und ein notwendiges Zeichen.“

Die EVG fordert zudem die Einführung eines kostenlosen Nahverkehrs für Senior:innen. Diese Maßnahme erhöht nicht nur die Mobilität der älteren Generation, sondern fördert auch ihre gesellschaftliche Teilhabe. Es hilft durch die bessere Erreichbarkeit soziale und kulturelle Angebote zu nutzen und Einsamkeit zu vermeiden. Dabei müssen aber auch weitere Maßnahmen ins Auge gefasst werden: So gilt es, das Rentenniveau zu erhöhen. Zudem fordert die EVG, die Mehrwertsteuer auf Arzneimittel zu reduzieren.

Anne Pawlitz betont: „Jetzt arbeiten wir auf mehreren Ebenen weiter. Die Ortssenioren bauen auf lokaler Ebene mit Sozialverbänden Netzwerke auf, um die Anliegen in der gesellschaftlichen Diskussion zu verankern. Alle DGB-Gewerkschaften tragen Verantwortung für ihre Senior:innen. Wir fordern sie auf, gemeinsam mit der EVG politisch aktiv zu werden und eine finanzielle Entlastung noch in diesem Jahr auf den Weg zu bringen.“

Cosima Ingenschay, stellvertretende EVG-Vorsitzende, stellt klar: „Den Belastungen für die Gesellschaft müssen Entlastungen folgen. Dafür kämpfen wir als Gewerkschafter:innen während jeder Tarifaufinandersetzungen und durch unsere politische Arbeit jeden Tag.“